

EU unter Druck: GLOBAL 2000 fordert echte CO₂-Reduktion statt Zertifikate!

EU plant den Import von CO₂-Zertifikaten, während GLOBAL 2000 eine aktive Reduktion der Emissionen bis 2040 fordert.



Österreich - Die EU-Kommission plant möglicherweise den Kauf von CO₂-Zertifikaten aus dem Ausland, anstatt die CO₂-Reduktion im eigenen Land voranzutreiben. Dies wird von GLOBAL 2000 und 126 weiteren Organisationen, Wissenschaftler:innen sowie Unternehmensvertreter:innen scharf kritisiert. In einem offenen Brief an die Kommission fordern sie, von diesem Vorgehen Abstand zu nehmen. Johannes Wahlmüller von GLOBAL 2000 hebt hervor, dass eine aktive Senkung der Treibhausgase in Europa bis 2040 notwendig sei, um den Klimazielen gerecht zu werden.

Das unabhängige wissenschaftliche Beratungsgremium der EU für Klimawandel (ESABCC) empfiehlt, 90-95 % der eigenen

Treibhausgase bis 2040 innerhalb der EU abzubauen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem CO₂-Zertifikatehandel lassen jedoch viele kritische Stimmen laut werden. Wahlmüller warnt vor finanzieller Verschwendung, wenn international gekaufte CO₂-Zertifikate anerkannt werden, und kritisiert die bisherige Bilanz des CO₂-Handels als katastrophal. Laut einer Metastudie, die 2024 im Fachjournal Nature veröffentlicht wurde, führen nur 16 % der ausgegebenen CO₂-Zertifikate tatsächlich zu einer Reduktion der Emissionen.

Kritik am CO₂-Zertifikatehandel

Die Diskussion um den CO₂-Zertifikatehandel beschreibt nicht nur seine Ziele, sondern thematisiert auch die damit verbundenen Herausforderungen. Der Emissionshandel, welcher seit seiner Einführung im Jahr 2004 zu einer CO₂-Reduktion von fast 30 % in Deutschland geführt hat, wird als ein zentrales Instrument der EU-Klimapolitik betrachtet. Dennoch gibt es Kritik an den schwankenden Preisen der Zertifikate und an der Ineffektivität in bestimmten Sektoren wie der Landwirtschaft.

Das neue Klimaschutzgesetz der EU zählt künftig die Gesamtemissionen statt die Emissionen einzelner Sektoren. Unternehmen müssen Verschmutzungsrechte zukaufen, wenn sie ihre Emissionsgrenzen überschreiten, was teuer werden kann. Gleichzeitig besteht die Hoffnung, dass der Preis für Zertifikate die Unternehmen dazu motiviert, klimafreundliche Technologien einzusetzen.

EU-Ziele für erneuerbare Energien

Um die Klimaziele zu erreichen, plant die EU außerdem, saubere Energiequellen als Alternative zu fossilen Brennstoffen zu entwickeln. Über 20 % der in der EU verbrauchten Energie stammen bereits aus erneuerbaren Quellen. Im Rahmen des Grünen Deals strebt die EU an, den Anteil der erneuerbaren Energie am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 % zu erhöhen, wobei einzelne Mitgliedstaaten sogar 45 % anvisieren.

Abgeordnete des EU-Parlaments haben sich zudem für eine schnellere Genehmigung von Kraftwerken eingesetzt, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, und prüfen die Förderung von erneuerbarem Wasserstoff sowie Offshore-Energiequellen. Auch die EU-Finanzierung für Erdgasinfrastrukturprojekte wird schrittweise eingestellt, um Gelder in grüne Wasserstoff- und Offshore-Energieinfrastrukturen umzulenken.

Wahlmüller appelliert der österreichischen Bundesregierung, sich für echten Klimaschutz starkzumachen und gegen den CO2-Zertifikatehandel Position zu beziehen. Die Zukunft der europäischen Klimapolitik steht auf dem Spiel. Die Herausforderungen sind vielfältig, die Lösungen müssen jedoch dringend angegangen werden, um die gesetzten Klimaziele wirklich zu erreichen.

GLOBAL 2000 berichtet, dass ...

zdfheute liefert Informationen zu ...

Das Europäische Parlament berichtet über ...

Details	
Vorfall	Verschmutzung
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.zdfheute.de• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at